

17. Oktober 2024

Welttag zur Überwindung der Armut

„Der sozialen und institutionellen Misshandlung ein Ende setzen“.

**Centre Culturel de Rencontre Abbaye de Neumünster
Luxembourg**

Aussage

ATD Vierte Welt hat den Kampf gegen die **institutionelle Misshandlung** zu seiner Priorität gemacht. Sie äußert sich von Land zu Land unterschiedlich, ist aber überall auf der Welt präsent. In einem französischen Plädoyer mit dem Titel „Stop à la maltraitance institutionnelle“ (Stoppt die institutionelle Misshandlung) wurden 16 Ursachen und Mechanismen aufgezeigt, die die institutionelle Misshandlung begünstigen. Dazu gehören Vorurteile und falsche Vorstellungen über Menschen, die von Armut betroffen sind, fehlende personelle und finanzielle Mittel für die Umsetzung der öffentlichen Politik, komplizierte Verfahren oder auch die Digitalisierung.

Menschen, die Sozialleistungen in Anspruch nehmen, befinden sich in der Regel in einer verletzlichen Position.

- Bevor sie um Hilfe bitten oder auch nur einen Termin beantragen können, müssen sie bei vielen Sozialämtern bereits eine ganze Reihe von Verwaltungsdokumenten einreichen. Das kostet viel Zeit und man muss viel rennen. Noch schlimmer ist es, wenn man die Papiere nicht online beantragen kann, weil man keinen Zugang hat oder nicht weiß, wie man das Internet benutzt.
- Man braucht Hilfe, um Hilfe zu beantragen.
- Verschiedene Hilfen, wie z. B. der Revis, sind an Bedingungen geknüpft. Man muss sich an strenge Regeln halten und darf keine Termine versäumen. Man darf keine Fehler machen. Man wird unter Druck gesetzt.
- Wenn man den Anspruch auf Hilfe verliert, muss man alle Schritte noch einmal von vorne beginnen. Ein bisschen wie bei dem Spiel „Mensch ärgere dich nicht“.

Das Recht auf Hilfe bedeutet allzu oft, dass sich die Personen, die die Hilfe in Anspruch nehmen, sehr stark unterordnen müssen. Die Betroffenen tun dann, was ihnen gesagt wird, und wagen es nicht, sich zu behaupten. Wenn sie nicht in die Richtung gehen, die ihnen auferlegt wird, haben sie Angst vor negativen Konsequenzen. (Zum Beispiel, dass sie ihre Rechte verlieren, z.B. Leistungen oder von der Warteliste für eine Sozialwohnung gestrichen werden).

Dieser ganze Papierkram, diese Kontrollen kosten Kraft. Man kommt nie dazu, sich wieder aufzubauen. Dies führt zu einem Verlust der Würde, verhindert die Ausübung einer vollen Staatsbürgerschaft.

Eine Person in Frankreich sagte:

„Wenn die Institution von jemandem, der bereits unter diesen schwierigen Bedingungen lebt, verlangt, sich anzupassen, anstatt dass das Gegenteil der Fall ist, ist das eine etablierte Gewalt.“